

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Arif Tasdelen SPD**

vom 28.09.2020

- mit Drucklegung -

Anerkennung von Corona-Infektionen als Dienstunfall bzw. Arbeitsunfall

Nach Medienberichten über Corona-Infektionen bei der bayerischen Polizei und deren Nichtanerkennung als Dienstunfall durch das Landesamt für Finanzen, obwohl der Zusammenhang zwischen Infektion, dienstlicher Tätigkeit und Erkrankung offensichtlich ist, und der Stellungnahme von Staatsminister Herrmann, die Problematik sehr ernst zu nehmen und der Sache auf den Grund zu gehen, frage ich die Staatsregierung:

- 1.1. Um wie viele Fälle bei der bayerischen Polizei handelt es sich, denen das Innenministerium nachgeht bzw. nachgehen wird?
- 1.2. Welche Initiativen des Innenministeriums gibt es daraufhin bereits gegenüber dem Finanzministerium im Sinnen von betroffenen Polizistinnen und Polizisten?
- 1.3. Welche Maßnahmen bzw. Entscheidungen des Finanzministeriums bzw. des Landesamts für Finanzen wurden daraufhin im Sinnen von betroffenen Polizistinnen und Polizisten getroffen?

- 2.1. Wie viele Corona-Infektionen gibt es im bayerischen öffentlichen Dienst jeweils differenziert nach Ressorts sowie nach Bediensteten und Tarifbeschäftigten?
- 2.2. Wie viele Anträge auf Dienstunfall bzw. Arbeitsunfall im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion wurden differenziert nach Ressorts gestellt?
- 2.3. Wie viele Anträge davon wurden seitens des Landesamts für Finanzen bzw. seitens der Berufsgenossenschaft genehmigt bzw. abgelehnt oder befinden sich noch in Bearbeitung?

- 3.1. Was sind in der gegenwärtigen Praxis die Voraussetzungen für eine Anerkennung einer Corona-Infektion seitens des Landesamts für Finanzen und seitens der Berufsgenossenschaft?

VorAn - Dokument - ID: 45469

eingereicht von Opitz, Jacqueline am 29.09.2020 - 16:17

1

SPD

Status: eingereicht seit 29.09.2020 - 16:17

Ersterfasser: Harald Zeidler

3.2. Was waren bislang die Gründe für eine Ablehnung (bitte Darstellung nach Häufigkeit) seitens des Landesamts für Finanzen und seitens der Berufsgenossenschaft?

3.3. Wie können nach Einschätzung der Staatsregierung Verbesserungen für die Bediensteten und die Tarifbeschäftigten bei der Anerkennung einer Corona-Infektion als Dienstunfall bzw. Arbeitsunfall erreicht werden?

4.1. Welche konkreten Initiativen und Maßnahmen plant die Staatsregierung in diesem Zusammenhang?

4.2. Wie sieht der Zeitplan für die Initiativen und Maßnahmen aus?

4.3. In welcher Form sind Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbände einbezogen?